Deutscher Bundestag **Drucksache 14/7032**
14. Wahlperiode 05. 10. 2001

Fragen

für die Fragestunde der 191. Sitzung des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 10. Oktober 2001

Verzeichnis der Fragenden

Abgeordnete	*Nummer der Frage*
Dörflinger, Thomas (CDU/CSU)	19
Göhner, Dr. Reinhard (CDU/CSU)	29, 30
Heiderich, Helmut (CDU/CSU)	2, 23
Hinsken, Ernst (CDU/CSU)	20
Hofbauer, Klaus (CDU/CSU)	14, 15
Kolb, Dr. Heinrich L. (FDP)	12, 13
Kopp, Gudrun (FDP)	1, 31
Koschyk, Hartmut (CDU/CSU)	16, 24
Lenke, Ina (FDP)	3
Marschewski, Erwin (Recklinghausen) (CDU/CSU)	25, 26
Michelbach, Hans (CDU/CSU)	6, 7
Niebel, Dirk (FDP)	27, 28
Nolting, Günther Friedrich (FDP)	17, 18
Röttgen, Dr. Norbert (CDU/CSU)	21, 22
Schüßler, Gerhard (FDP)	8, 9
Seifert, Dr. Ilja (PDS)	4, 5
Uhl, Dr. Hans-Peter (CDU/CSU)	10, 11
Weiß, Peter (Emmendingen) (CDU/CSU)	32, 33

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft

1. Abgeordnete **Gudrun Kopp** (FDP)

Sind meine Informationen richtig, nach denen es noch keine abschließende Einigung zwischen der Bundesregierung und den Herstellern von Tierfuttermitteln sowie dem Handel über die Kostenaufteilung bezüglich der Entsorgung der Tiermehlrestbestände gibt?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung

2. Abgeordneter **Helmut Heiderich** (CDU/CSU)

Beabsichtigt die Bundesregierung, das Arbeitszeitgesetz so zu verändern, dass den stärker werdenden Notwendigkeiten der Unternehmen nach flexibler Gestaltung des Arbeitseinsatzes infolge der immer weiteren Ausdehnung des „just-in-time“ Produktionsverfahrens der Industrie und insbesondere ihrer Zulieferbetriebe auch an Wochenenden und Feiertagen unbürokratischer und kostengünstiger entsprochen werden kann?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

3. Abgeordnete **Ina Lenke** (FDP)

In welcher Form verfolgt, begleitet und unterstützt die Bundesregierung die Anwendung der Vorschriften des Gleichstellungsdurchsetzungsgesetzes (DGleiG) für den öffentlichen Dienst in Unternehmen ehemals bundeseigener Verwaltung nach deren Umwandlung in Unternehmen privaten Rechts im Sinne von § 3 Abs. 2 DGleiG?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

4. Abgeordneter **Dr. Ilja Seifert** (PDS)

Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über die entsprechend § 20 Abs. 4 Fünftes Buch Sozialgesetzbuch (SGB V) von den Krankenkassen zum 1. Januar 2001 in ihre Haushalte eingestellten Mittel für die Förderung der Selbsthilfe im Jahre 2001 (differenziert nach Bundesebene, Länderebene und Kassenarten) vor?

5. Abgeordneter **Dr. Ilja Seifert** (PDS)

Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über die entsprechend § 20 Abs. 4 SGB V von den Krankenkassen im Zeitraum 1. Januar 2001 bis 30. Juni 2001 aufgewendeten Mittel für die Förderung der Selbsthilfe (differenziert nach Bundesebene, Länderebene und Kassenarten) vor, und welchen Handlungsbedarf sieht sie, um gegebenenfalls Maßnahmen zu treffen, die eine Förderung der Selbsthilfe in der vom Gesetz geforderten Höhe und Art gewährleisten?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

6. Abgeordneter **Hans Michelbach** (CDU/CSU)

Welche Stellungnahme hat das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit zur Ausweisung bayerischer FFH-Gebiete (FFH: Flora Fauna Habitat), insbesondere im Hinblick auf das Hafenlohrtal gegenüber dem Land Bayern abgegeben?

7. Abgeordneter **Hans Michelbach** (CDU/CSU)

Wie wird vor diesem Hintergrund nach Kenntnis der Bundesregierung mit dem Antrag des Kreistages Main-Spessart weiter verfahren werden?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

8. Abgeordneter
Gerhard Schüßler
(FDP)

Teilt die Bundesregierung die auf der Festveranstaltung des Deutschen Kulturrates am 26. September 2001 vertretene Auffassung des Staatsministers im Auswärtigen Amt, Dr. Christoph Zöpel, wonach die Auswärtige Kulturpolitik in Anbetracht der Terrorakte am 11. September 2001 in den USA in Zukunft radikal verändert werden müsse?

9. Abgeordneter
Gerhard Schüßler
(FDP)

Stimmt die Bundesregierung der Auffassung des Staatsministers im Auswärtigen Amt, Dr. Christoph Zöpel, zu, dass vor dem Hintergrund dieser Attentate als erstes die Vermittlung deutscher Kultur im Ausland generell eingestellt werden müsse?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

10. Abgeordneter
Dr. Hans-Peter Uhl
(CDU/CSU)

In welcher Weise hat sich der Bundesminister des Innern, Otto Schily, nachhaltig für eine Einigung der Schengen-Staaten auf die unverzügliche Einführung eines strengeren Visa-Verfahrens eingesetzt, bei dem Fingerabdrücke genommen und Passeinträge kopiert werden, und warum konnte dies vor dem Hintergrund der Terrorakte am 11. September 2001 und der Gefahr vor weiteren Anschlägen nicht durchgesetzt werden?

11. Abgeordneter
Dr. Hans-Peter Uhl
(CDU/CSU)

Wird die Bundesregierung gewaltbereite islamistische Extremisten ausweisen und dazu die entsprechenden Regelausweisungstatbestände schaffen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie

12. Abgeordneter
Dr. Heinrich L. Kolb
(FDP)

Ist der § 10b der Eichordnung (EO) dahin gehend geändert worden, dass nunmehr neben Heizöl auch das Volumen von Diesel- und Ottokraftstoff mit einer Temperatur von 15 Grad Celsius berechnet

werden, sofern dies nicht an Straßenzapfsäulen geschieht, und weshalb sind Straßenzapfsäulen von dieser Regelung ausgeschlossen?

13. Abgeordneter **Dr. Heinrich L. Kolb** (FDP)

Plant die Bundesregierung eine Änderung der EO dahin gehend, dass auch an Straßenzapfsäulen das Volumen mit einer Temperatur von 15 Grad Celsius berechnet wird, und wann ist mit einer derartigen Änderung gegebenenfalls zu rechnen?

14. Abgeordneter **Klaus Hofbauer** (CDU/CSU)

Welche Akzente setzt die Bundesregierung, um den Wirtschaftszweig Tourismus in den Grenzregionen zu den Beitrittsländern zu stärken und für die Osterweiterung fit zu machen?

15. Abgeordneter **Klaus Hofbauer** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung Kenntnis darüber, warum in der „Mitteilung der Kommission der Europäischen Gemeinschaften über die Auswirkungen der Erweiterung für die an Beitrittsländer angrenzenden Regionen – Gemeinschaftsaktion für Grenzregionen –" vom 25. Juli 2001 der Bereich Tourismus weder bei den Förderkriterien noch bei den allgemeinen Aussagen angesprochen wird, obwohl dieser Wirtschaftszweig in den Grenzregionen eine wichtige Rolle spielt und sich im Rahmen der Osterweiterung auf viele Veränderungen einzustellen hat?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

16. Abgeordneter **Hartmut Koschyk** (CDU/CSU)

Hat der Bundesrechnungshof bereits das Ressortkonzept der Bundesregierung zur Feinausplanung und Stationierung der Bundeswehr auf seine Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit hin geprüft, und falls nein, wie gelangte der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung, Walter Kolbow, zu der Feststellung, dass die Auflösung des Luftwaffenausbildungsbataillons in Bayreuth „Bundesrechnungshof-fest" sei (vgl. Nordbayerischer Kurier vom 4. August 2001)?

17. Abgeordneter
Günther Friedrich Nolting
(FDP)

Aus welchen ihrer Geschäftsaktivitäten hat die Gesellschaft für Entwicklung, Beschaffung und Betrieb bisher welchen Geldbetrag erwirtschaftet, der in diesem Jahr dem Einzelplan 14 (Bundesministerium der Verteidigung) zu Gute kommt?

18. Abgeordneter
Günther Friedrich Nolting
(FDP)

Wann plant die Bundesregierung im Lichte der Terroranschläge in den Vereinigten Staaten von Amerika die Auflage eines aktuellen sicherheitspolitischen Weißbuches oder eines anderen Grundlagenpapiers zur Sicherheitspolitik, und welche gesellschaftlich relevanten Institutionen sollen an dessen Erarbeitung beteiligt werden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

19. Abgeordneter
Thomas Dörflinger
(CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung ihre Informationspflicht gegenüber dem Deutschen Bundestag und seinen Mitgliedern gewährleistet, wenn der endverhandelte und auf Verwaltungsebene bereits paraphierte Staatsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Schweizer Eidgenossenschaft zur Regelung der An- und Abflüge beim Flughafen Zürich-Kloten über deutsches Hoheitsgebiet den betroffenen Wahlkreisabgeordneten auch nach mehrfacher Anforderung im federführenden Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen nicht ausgehändigt wird?

20. Abgeordneter
Ernst Hinsken
(CDU/CSU)

Mit welchen Argumenten entkräftet die Bundesregierung die Bedenken von Spediteuren in ländlichen und peripheren Regionen, die im Hinblick auf den vom Kabinett verabschiedeten Gesetzentwurf zur Erhebung einer entfernungsabhängigen Lkw-Maut durch längere Transportwege Wettbewerbsnachteile befürchten?

21. Abgeordneter
Dr. Norbert Röttgen
(CDU/CSU)

Warum hat die Bundesregierung keine verbindliche Entscheidung bzw. Stellungnahme der Europäischen Kommission hinsichtlich der Umsetzung der zwei noch ausstehenden Punkte des „22-Punkte-Kataloges“ zur Regelung des Nachtflugs auf dem Flughafen Köln/Bonn eingeholt (vgl. Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister

für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Stephan Hilsberg, auf meine schriftliche Frage 79 in Bundestagsdrucksache 14/6913)?

22. Abgeordneter **Dr. Norbert Röttgen** (CDU/CSU)

Besteht aus Sicht der Bundesregierung eine mit dem EU-Recht konforme Möglichkeit, Regelungen umzusetzen, die zu einer nachhaltigen – insbesondere nächtlichen – Fluglärmreduzierung am Flughafen Köln/Bonn führen, und wenn ja, welche Vorgaben sind dabei zu beachten?

23. Abgeordneter **Helmut Heiderich** (CDU/CSU)

Mit welchen Finanzierungsbeträgen wird die Bundesregierung in den kommenden fünf Jahren die grundhafte Erneuerung mit dem Anbau eines zusätzlichen Fahrstreifens in allen Steigungsstrecken auf der Bundesautobahn A4 zwischen dem Kirchheimer Dreieck und der Landesgrenze Hessen/Thüringen durchführen, und welche Reihenfolge der Bauabschnitte ist dabei vorgesehen?

24. Abgeordneter **Hartmut Koschyk** (CDU/CSU)

Wie erklärt sich die Bundesregierung die Notwendigkeit von umfangreichen Reparaturmaßnahmen mit erheblichen negativen Auswirkungen auf den Verkehrsfluss auf Bundesautobahnen (BAB) bereits kurze Zeit nach deren Fertigstellung, wie z. B. auf der BAB A9 in Höhe Spänfleck bei Gesees, und wie beziffert die Bundesregierung, sofern sie keine Regressforderungen bei den ausführenden Unternehmen durchsetzen kann, die dadurch entstehenden Kosten?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

25. Abgeordneter **Erwin Marschewski (Recklinghausen)** (CDU/CSU)

Warum hat die Bundesregierung auf meine schriftliche Frage vom 2. Juli 2001 (Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin beim Bundesminister der Finanzen, Dr. Barbara Hendricks, auf meine schriftliche Frage 59 – Bundestagsdrucksache 14/6720) nur ausweichend geantwortet und insbesondere nicht dargelegt, was sie getan hat oder zu tun gedenkt, um Umzüge prominenter und zahlungskräftiger Steuerzahler ins Ausland zu verhindern oder rückgängig zu machen?

26. Abgeordneter **Erwin** **Marschewski** **(Recklinghausen)** (CDU/CSU)	Worin bestehen nach Auffassung der Bundesregierung die steuerrechtlichen Anreize für zahlungskräftige deutsche Steuerzahler zur Abwanderung etwa nach Österreich, und wird die Bundesregierung Maßnahmen ergreifen, um diesen Trend umzukehren und Deutschland für abgewanderte oder auswärtige Steuerzahler wieder attraktiv zu machen?
27. Abgeordneter **Dirk** **Niebel** (FDP)	Haben vor der Festlegung des Feinkonzeptes zur Strukturentwicklung der Bundesfinanzverwaltung und der Neustrukturierung des Zollfahndungsdienstes Standortprüfungen stattgefunden, und wenn nein, warum nicht?
28. Abgeordneter **Dirk** **Niebel** (FDP)	Wenn ja, welches Ergebnis gab es für Heidelberg, und in welcher Form wurde dieses Ergebnis in der Festlegung des Feinkonzeptes berücksichtigt?
29. Abgeordneter **Dr. Reinhard** **Göhner** (CDU/CSU)	Welche Gründe sind für die Bundesregierung maßgeblich, in dem am 10. September 2001 vorgelegten Feinkonzept zur Neustrukturierung der Bundesfinanzverwaltung entgegen dem im Oktober 2000 veröffentlichten Grobkonzept und dem Ergänzungsband vom Dezember 2000 nunmehr die Schließung des Zollamtes Herford vorzusehen?
30. Abgeordneter **Dr. Reinhard** **Göhner** (CDU/CSU)	Hält die Bundesregierung es für vertretbar, im gesamten Kreis Herford kein Zollamt zu unterhalten, und wenn ja, hat die Bundesregierung bei ihrer Entscheidung den zu befürchtenden Schaden für den Wirtschaftsstandort Kreis Herford im Vergleich zu anderen Zollämtern berücksichtigt?
31. Abgeordnete **Gudrun** **Kopp** (FDP)	Wie ist der Stand der Verhandlungen über die von der Bundesregierung im Jahr 2000 beschlossene Zusammenlegung der Deutschen Ausgleichsbank (DtA) und der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), insbesondere im Hinblick auf den genauen Kaufpreis, die einzelnen Modalitäten der Fusion sowie die künftigen Organisationsstrukturen, nachdem ein Kaufvertrag nicht, wie vorgesehen, im Mai dieses Jahres vorgelegt wurde, und welches weitere Verfahren sieht die Bundesregierung bezüglich der Fusion vor?

32. Abgeordneter
Peter Weiß (Emmendingen)
(CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die im Vorschlag der EU-Kommission für eine Richtlinie des Rates zur Änderung der Richtlinie 92/79/EWG, der Richtlinie 92/80/EW und der Richtlinie 95/59/EG hinsichtlich der Struktur und der Sätze der Verbrauchsteuern auf Tabakwaren vorgesehene Änderung der Definition für Zigarren und Zigarillos?

33. Abgeordneter
Peter Weiß (Emmendingen)
(CDU/CSU)

Wann ist mit einer Entscheidung des Rates über den Vorschlag der EU-Kommission für die in Frage 32 genannte Richtlinie zu rechnen?



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83-91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333